

German foreign policy from the geo-economic perspective

Abstract

The aim of this paper is to assess how far the German foreign policy follows the principles of the theory of geo-economy. The paper has the following structure. First, the theory of geo-economy will be presented. Second, the characteristics of three debates relating to the German foreign policy will be pointed out. Third, German policy during the Euro crisis will be analysed. Fourth, the development of the relations between Germany and the new powers will be assessed. This paper supports the thesis that geo-economic strategy is beneficial for Germany.

Key words: *Germany, foreign policy, geo-economy, Euro crisis*

Streszczenie

Celem artykułu jest analiza jak dalece niemiecka polityka zagraniczna odpowiada założeniom geoeconomii. Ma on następującą strukturę. W pierwszej części zaprezentowana zostanie teoria geoeconomii. Następnie przedstawione zostaną trzy debaty odnośnie niemieckiej polityki zagranicznej. W części trzeciej analizie poddana zostanie polityka Niemiec w okresie kryzysu strefy euro. W ostatniej części przedstawiony zostanie rozwój stosunków bilateralnych Niemiec z mocarstwami wschodzącymi. Artykuł ten potwierdza tezę, iż strategia geoeconomiczna jest korzystna dla Niemiec.

Słowa kluczowe: *Niemcy, polityka zagraniczna, geoeconomia*

Rafał Ulatowski

Instytut Stosunków Międzynarodowych, WDiNP, Uniwersytet Warszawski

Außenpolitik Deutschlands aus der Perspektive der Geo-Ökonomie¹

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands stellte eine grundlegende Änderung des europäischen Gleichgewichts der Mächte dar. In der Mitte Europas entstand ein Staat, der alle anderen Staaten in der Region in den Schatten stellte. Deutschland musste seine Außenpolitik definieren. Bundeskanzler Helmut Kohl wurde nie müde zu versichern, dass Deutschland der Außenpolitik der alten Bundesrepublik treu bleibe und sich für die europäische Integration, für die NATO und für enge Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Frankreich einsetzen werde. Die Zustimmung für eine Europäische Währungsunion sollte die Ängste – besonders starke in Frankreich - vor der Dominanz der D-Mark ausräumen (Haftendorn 2012: S. 16–17).

Die neue internationale Lage Deutschlands hat eine intensive Diskussion über seine Außenpolitik ausgelöst. Auf der Suche nach einem geeigneten Erklärungsmuster scheint die Geoökonomie einen wichtigen Beitrag leisten zu können. Die Erforschung der deutschen Außenpolitik auf Basis der Geoökonomie wurde 2011 begonnen (Kundnani 2011b). Sie bringt eine neue analytische Perspektive mit der Hoffnung auf ein besseres Verständnis der deutschen Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Die Ergebnisse sind vielversprechend, und sie ermutigen zu weiteren Forschungstätigkeiten in dieser Richtung. Am Ende der zweiten Regierungsperiode von Kanzlerin Merkel stellt sich die Frage, wie weit Deutschland dem geoökonomischen Ansatz folgt und ihm treu bleibt.

Der vorliegende Beitrag ist wie folgt strukturiert: Erstens wird nach den Prinzipien der Geoökonomie gefragt. Zweitens werden drei Debatten zur deutschen Außenpolitik, die

¹ Artikel *Außenpolitik Deutschlands aus der Perspektive der Geoökonomie* powstał w ramach stypendium DAAD Forschungsstipendien für Nachwuchswissenschaftler w okresie 7–9.2013 r.

nach 1990 geführt wurden, in Erinnerung gerufen. Drittens wird die Gestaltungsmacht Deutschlands in der Eurokrise untersucht. Viertens werden die Beziehungen Deutschlands zu den neuen »Gestaltungsmächten« unter die Lupe genommen.

Geoökonomie

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und der Sowjetunion selbst hat nicht nur zu einer Veränderung der Machtverhältnisse geführt, sondern der Forschung auch einen neuen Impuls im Bereich der Theorie der Internationalen Beziehungen gegeben. Eine der neuen Theorien ist die Geoökonomie. Sie betrachtet die wirtschaftlichen Instrumente als die einzigen Instrumente der Außenpolitik. In seinem Buch stellt der Begründer der Geoökonomie Edward Luttwak die Hauptthesen dieser Theorie vor (Luttwak 1990: S. 19–20). Er argumentiert, dass die Konflikte zwischen den Staaten zwar weiter bestehen, die Evolution des Charakters der internationalen Beziehungen aber zum Ersatz der klassischen Kriege durch die Handelsverbindungen und Handelskonflikte führt. Es wird mit wirtschaftlichen und nicht mit militärischen Mitteln gekämpft. Dies geschieht aber nur in den hoch entwickelten Regionen des Westens. Dort kommt es zum Übergang von der Geopolitik zur Geoökonomie. In den ärmeren Regionen der Welt funktioniert die Politik weiterhin nach den Regeln der Geopolitik (Luttwak 1990: S. 21). Die Unterscheidung der außenpolitischen Instrumente zwischen Staatengruppen, die sich auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen befinden, und die Hypothese vom Rückgang der Rolle der militärischen Mittel sind wichtige Thesen in der Forschung (Khanna 2008: S. 17; Jäger 2012: S. 151).

Wie Luttwak plastisch darstellt, werden die Militärbasen durch die Handelsverbindungen ersetzt. Die geoökonomische Aktivität der Staaten konzentriert sich auf den Aufbau des geoökonomischen Raumes². Der geoökonomische Raum eines Staates ist ein Produkt seiner Aktivität, die zwei Bedürfnisse zu befriedigen sucht: Reichtum und Macht. Im geografischen Sinn löst er sich vom Territorium des eigenen Staates und besetzt das Territorium jener Staaten, in denen die eigenen Unternehmen, ihre Produkte und Markenzeichen präsent sind. Die Möglichkeit, einen geoökonomischen Raum aufzubauen, ist von der geografischen Lage unabhängig und hängt nur von der Aktivität des Staates und seiner Innovationsfähigkeit ab. Auch die kleinen Staaten, die

² Den geoökonomischen Raum kann man aus der Staats- und Systemperspektive betrachten. In dem vorliegenden Beitrag wird eine Analyse des geoökonomischen Raumes aus der Staatsperspektive unternommen.

sich in einer ungünstigen geografischen Lage befinden, können ihren geoökonomischen Raum entwickeln und Vorteile aus dem internationalen Austausch erzielen. Dadurch zeigt sich der demokratische Charakter der Geoökonomie. Der geoökonomische Raum ist ein *mental space*, der nicht im geografischen Sinn definierbar ist (Halířák 2012a: S. 39–41). Geoökonomie widerspricht also dem geografischen Determinismus.

Die Strategie eines Staates hat zwei Ziele. Das erste Ziel ist seine Macht. Sie wird als Reichtum und Wettbewerbsfähigkeit verstanden. Das zweite Ziel ist der Zugang zum geoökonomischen Raum und die Freiheit der Aktivität in ihm. Das betrifft den freien Zugang zu Ressourcen, Produktionsfaktoren, Schutz und Unterstützung für die lokalen Unternehmen und eine Möglichkeit, die materiellen Aktiva zu platzieren. Eine Charakteristik der geoökonomischen Macht ist auch ein enges Netz von Verbindungen zwischen Wirtschaft und Staat (Halířák 2012b: S. 48–49). Die Entwicklung des geoökonomischen Raumes basiert auf der Annahme, dass die Staaten gleichzeitig diejenigen politischen und ökonomischen Ziele realisieren, zwischen denen das »Optimum der politischen Ökonomie« herrscht (Halířák 2012a: S. 41).

Wie bereits gezeigt, befinden sich die Staaten im Wettbewerb. Er hat aber keinen absoluten Charakter. Die Staaten kooperieren gleichzeitig intensiv miteinander, was sich in den zahlreichen Regimen (Handel, Finanzen, Umweltschutz, etc.) in der heutigen Welt widerspiegelt. Grund dafür sind die hohen Kosten, die ein absoluter Wettbewerb verursachen könnte und die möglichen Vorteile, die die Kooperation verspricht (Ulatowski 2012).

Drei Debatten zur deutschen Außenpolitik

Zu Beginn der neunziger Jahre lieferte die politikwissenschaftliche *community* zahlreiche Beiträge zu außenpolitischen Perspektiven Deutschlands. Die neunziger Jahre sind als die Zeit der ersten Debatte zur deutschen Außenpolitik einzustufen. In dieser Zeit präsentierte Hanns W. Maull eine Analyse, in der er Deutschland als »Zivilmacht« sah (Maull 1990: S. 91–106; Maull 1992: S. 269–278). Dagegen sah Michael Staack in Deutschland den »Handelsstaat« (Staack 2000) und Hans-Peter Schwarz die »Zentralmacht Europas« (Schwarz 1994). In der ersten Debatte lag der Diskussionschwerpunkt auf der Frage nach der »Normalität« des neuen Deutschlands. Die zweite Debatte wurde durch die Regierung Gerhard Schröders angestoßen, als er den Vereinigten Staaten die Unterstützung während der Irak-Krise verweigerte. Diese Krise in

den Beziehungen mit den USA war einer der wichtigsten Momente in der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands. Gregor Schöllgen diagnostizierte damals eine Rückkehr Deutschlands zu einer realistischen Machtpolitik (Schöllgen 2003). Hans W. Maull argumentierte dagegen, dass die deutsche Außenpolitik sich »ins Abseits« (Maull 2003: S. 20) manövriere. Gleichzeitig sah Thomas Risse in der Außenpolitik der rot-grünen Regierung grundsätzlich Kontinuität (Risse 2004: S. 24–31). Gerhard Schröder war ein Kanzler, der offen formulierte, dass deutsche Außenpolitik zunächst Interessenpolitik (Schröder 1999: S. 394) und auch selbstbewusst ist (Schöllgen 2004: S. 10). Die Veränderungen in der globalen Wirtschaft fanden im außenpolitischen Stil ihren Ausdruck, als der Bundeskanzler sich bei seinen offiziellen Besuchen von starken Wirtschaftsdelegationen begleiten ließ (Fricke 2005).

Auch wenn Angela Merkel, Schröders Nachfolgerin im Bundeskanzleramt, sich in der ersten Phase ihrer Arbeit verstärkt darum bemühte, sowohl in den transatlantischen Beziehungen als auch in den EU-Angelegenheiten wieder die Position Deutschlands als die eines zuverlässigen Partners zu etablieren, wuchsen mit der Zeit Fragen nach Zielen und Methoden der deutschen Außenpolitik. Sie konzentrierten sich um zwei Themenblöcke: Eurokrise und die Politik gegenüber neuen Mächten wie China und Indien. Die dritte Debatte zur deutschen Außenpolitik zeichnete sich ab. Auch die deutsche Libyen-Politik im Frühling 2011 wurde kritisch diskutiert. Weil sie aber eindeutig dem Sicherheitsthemenkomples zuzuordnen ist und die »Kultur der Zurückhaltung« betrifft, wird von ihrer weiteren Analyse abgesehen. Während dieser Debatte wurde für Deutschland eine Fülle von Etiketten entwickelt. Sie reichen von »Zivilmacht ohne Zivilcourage« (Hacke 2011: S. 50–53), »Gestaltungsmacht« (Sandschneider 2012: S. 3–9), »starke und unverzichtbare, aber nicht einzige (Mit-)Führungsmacht« (Müller-Brandeck-Bocquet 2012, S. 16–22), »reluctant hegemon« (Paterson 2011: S. 57–75), »halbe Hegemonie« (Geppert 2013: S. 11–16.), »Hegemon wider Willen« (Schönberger 2012: S. 1–8), »europäisches Kraftzentrum« (Rachman 2012: S. 14), »überforderter Hegemon« (Kleine-Brockhoff und Maull 2011: S. 50–61), »Anker-Ökonomie der Euro-Zone« (Posen 2011: S. 29), »ökonomischer Hegemon« (Guerot und Leonhard 2011), »Führungsmacht innerhalb der Europäischen Union« (von Bredow 2012: S. 57), »Vormacht Europas« (Riecke und Hauke 2013: S. 53) bis hin zu »geoökonomische Macht« (Kundnani 2011a: S. 62–67). Die Liste scheint endlos zu sein. Obwohl die Sicherheitsproblematik nicht unterschätzt werden soll, stehen die Wirtschaftsfragen im Zentrum der außenpolitischen Debatte.

Die Rolle Deutschlands in der Eurokrise

Die Politik Deutschlands in der Eurokrise steht fest in der Tradition der Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl, für den der Euro eine Frage von »Krieg und Frieden« war (Geppert 2013: S. 11–12). Bundeskanzlerin Merkel ist überzeugt, dass der Euro für Deutschland »mehr als nur eine Währung« ist (Merkel 2011a: S. 17571) und Deutschland wie »kaum ein anderes Land in der Europäischen Union« vom Euro profitiere (Merkel 2011b: S. 11252). Deswegen ist Deutschland bereit, den Euro zu verteidigen (Merkel 2011c). In ihrer Regierungserklärung am 19. Mai 2010 äußerte sie die Meinung, in der Eurokrise gehe es »um viel mehr als um eine Währung. Die Währungsunion ist eine Schicksalsgemeinschaft. Es geht deshalb um nicht mehr und nicht weniger als um die Bewahrung und Bewährung der europäischen Idee. Das ist unsere historische Aufgabe; denn scheitert der Euro, dann scheitert Europa.« (Merkel 2010a: S. 4126).

Deutsche Eurorettungspolitik lässt sich aber nicht als ein »Reflex« definieren. Zu Beginn des Jahres 2010 wurde die dramatische Lage des griechischen Haushaltes bekannt. Als Frankreich und viele andere Mitgliedsstaaten des Euroraumes auf eine rasche Hilfe für Griechenland drängten, bremste die Bundeskanzlerin den Entscheidungsprozess. Rufe nach der deutschen »Solidarität« wurden als Forderung nach Geld wahrgenommen und lange abgelehnt. Auch wenn zuletzt Deutschland dem ersten Hilfspaket zustimmte und einen Teil der Kredite bereitstellte, geschah das unter strengen Auflagen und Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Deutschland setzte sich gegen die französische Konzeption der bedingungslosen »Solidarität« innerhalb der Eurozone durch (Hilz 2013: S. 27) und lancierte schon zu Beginn der Rettungspolitik das Prinzip der Konditionalisierung, wofür die Beteiligung des IWF selbstverständlich von Vorteil ist. Bis Sommer 2010 wurden die Grundlagen der deutschen Eurorettungspolitik gelegt, die das Ziel verfolgt, durch den Einsatz begrenzter Finanzmittel bestimmte politische und wirtschaftliche Ziele zu erreichen (FAZ 18.05.2010: S. 9).

Als Reaktion auf den Ausbruch der Krise wurde im Mai 2010 eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, gegründet. Sie erarbeitete und legte die Vorschläge für die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vor, die im November 2011 als sog. Sixpack beschlossen wurden (Heinemann et al. 2012: S. 170). Die Regulierung der Fiskalregeln in der EU und besonders im Euroraum wurde aber nicht auf das Sixpack begrenzt, sondern weiterentwickelt.

Das deutsche Engagement in der Rettung der Eurozone muss aus der Perspektive der globalen Interessen Deutschlands betrachtet werden. Um diese realisieren zu können,

braucht Deutschland stabile Rahmenbedingungen in Europa (Guérot 2012: S. 14). Für Deutschland ist die EU ein Hebel, der den Einfluss der deutschen Außenpolitik in der Welt wachsen lässt (Maull 2012a: S. 139). Deswegen engagierte sich Deutschland in der Rettung der gemeinsamen Währung trotz anfänglicher Vorbehalte (Feldenkirchen et al. 2008: S. 22–36) und spielte dabei eine dominierende Rolle (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: S. 16). Wegen des Platzmangels wird hier die Geschichte der Eurorettung nicht skizziert. Wichtige Ergebnisse sind mit Begriffen wie Sixpack, Europäisches Semester, Euro-Plus-Pakt, Fiskalvertrag, European Financial Stability Facility (EFSF), European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM), European Stability Mechanism (ESM), Finanztransaktionssteuer, Einbeziehung des Privatsektors und Bankenunion verbunden. Alle oben genannten Entscheidungen wurden von dem deutsch-französischen Tandem vorangebracht³. Die Eurokrise führte zur Intensivierung des deutsch-französischen Dialoges. Zahlreiche Gipfel unter Teilnahme von Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Nicolas Sarkozy führten zur engen Abstimmung beider Regierungen, die »das übliche Maß der Zusammenarbeit im Rahmen des tradierten deutsch-französischen Motors der Integration bei Weitem überschritt – und neue Maßstäbe für bilaterale Kooperation setzte« (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: S. 20). Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hat sogar von einem Bedarf nach dem deutsch-französischen Hegemon in Europa gesprochen (Schäuble 2010).

Trotz der Bemühungen der Europäischen Kommission um mehr Mitsprache wurde ihre Rolle während der Eurokrise begrenzt. Die Entwicklung ging auf Vorbehalte seitens Bundeskanzlerin Merkel gegenüber dem Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso einerseits und auf ihre Präferenz für eine intergouvernemental ausgerichtete Integrationsmethode (Merkel 2010b) andererseits zurück. Neben dem Präsidenten der Europäischen Kommission wurden auch andere wichtige europäische »Entscheidungsträger« ins Abseits gedrängt. Zu dieser Gruppe gehörten Jean-Claude Juncker (Vorsitzender der Eurogruppe), Jean-Claude Trichet (Präsident der EZB) und Herman van Rompuy (Präsident des EU-Rats) (Maull 2012b: S. 37–38). Erst mit der Berufung von Mario Draghi zum Präsidenten der EZB gewann diese Institution die notwendige Dynamik (Handelsblatt 4.07.2013).

Der Ausbruch der Krise brachte die tiefen Unterschiede ans Tageslicht, die zwischen Deutschland und Frankreich im jeweiligen Denken über Fragen der Wirtschaftspolitik stets bestanden. Das Denken der Berliner Entscheidungsträger wird von ord-

³ Über die Bankenunion wird weiter debattiert. Die Ergebnisse stehen wegen Meinungsunterschieden zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission noch nicht fest.

nungspolitischen Konzeptionen dominiert, in Paris dagegen kümmert man sich eher um Wachstumsförderung (Schwarzer 2013: S. 30–31). Trotz der deutsch-französischen Differenzen im *crisis management* des Jahres 2009 und der ersten Hälfte von 2010 entwickelte sich das Tandem des französischen Präsidenten und der deutschen Bundeskanzlerin zu einem Motor in der europäischen Politik. Besondere Bedeutung ist dem Gipfel in Deauville im Oktober 2010 zuzuschreiben, wo Deutschland und Frankreich die Grundlagen der gemeinsamen Politik zur Bewältigung der Eurokrise ausarbeiteten und den Partnern zur Akzeptanz vorlegten. Was in Berlin und Paris die Erinnerung an die enge Kooperation der letzten Jahrzehnte wieder belebte, verursachte in vielen Hauptstädten Europas Angst vor einem deutsch-französischen Diktat (Hilz 2013: S. 26–27). »Das ist kein Diktat, sondern ein französisch-deutsches Geschenk für Europa«, meinte der französische Europa-Minister Pierre Lellouche (Mussler et al. 2010). Die deutsch-französischen Kompromisse werden immer wieder auf der EU-Ebene akzeptiert, weil die meisten Länder der Eurozone sich in der deutschen oder französischen Wirtschafts- tradition gut wiederfinden können (Demesmay 2013a: S. 39).

Die deutsch-französische Zusammenarbeit erwies sich in den Jahren 2010 bis 2012 als äußerst vorteilhaft, weil die beiden Partner am Ende eigene Ziele, wenigstens teilweise, durchsetzen konnten und einen für beide Seiten vorteilhaften Kompromiss erreichten. Deutschland erhielt die Garantie, dass die Solidarität strikt begrenzt bleibt und mit harten Auflagen verbunden wird, während Frankreich einen Partner für die Idee eines *gouvernement économique* gewann und die Konzeption der intergouvernementalen Integration durchsetzte (Maull 2012b: S. 38).

Die enge deutsch-französische Kooperation unter der Duo-Führung Merkel-Sarkozy führte zur Entstehung des Begriffs »Merkozy«. Dieser suggerierte zwei gleichstarke Partner, deren Volkswirtschaften sich in einer Symbiose entwickeln würden. Dieser Eindruck täuschte aber, weil die Krise die Stärken der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck und gleichzeitig alle Schwächen der französischen Wirtschaft ans Tageslicht brachte (Wiegel, Göbel 2013). Es gab keine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Frankreich wurde mit der Zuspitzung der Krise immer stärker in die Rolle des Juniorpartners gedrängt. Von Frankreich hat man nie als einem Anker des Euro während der Krise gesprochen. In den Kommentaren tauchte die V. Republik eher als ein potenzielles Problemland auf (Kanter 2013).

Bundeskanzlerin Merkel, die von der britischen Presse als »Boss« (FAZ 19.11.2011: S. 12) tituliert wurde, wuchs »zur Krisenmanagerin in der Eurokrise« heran (Haftendorn 2012: S. 23). Die herausragende Stellung Deutschlands und sein Einfluss hin-

sichtlich der Richtung der Reformen in der EU und in der Eurozone ließen den CDU/CSU Bundestagsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder feststellen, dass in Europa jetzt »deutsch gesprochen« werde. Damit war der Einfluss Deutschlands bezüglich der Konzeption der Wirtschaftsreformen in der EU gemeint (Bannas 2011: S. 4). Die guten Ergebnisse der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2010–2012 haben zu einem verstärkten Interesse am deutschen Wirtschaftsmodell geführt. Präsident Sarkozy lobte während des Präsidentschaftswahlkampfes 2012 das »deutsche Modell«, was ihm aber keinen Erfolg sicherte (Demesmay 2013b: S. 102).

Nachdem François Hollande den Präsidentschaftswahlkampf zu seinen Gunsten entscheiden konnte, kam es in den deutsch-französischen Beziehungen auf höchster Ebene zu einer Abkühlung. In der zweiten Hälfte 2012 und im Frühjahr 2013 wuchs bei den französischen Diplomaten der Zweifel an der deutschen Kompromissbereitschaft und es stellte sich die Frage, ob die Achse Paris–Berlin im Kanzleramt weiter als ein bevorzugtes Instrument der Europapolitik betrachtet würde (Demesmay 2013b: S. 102). Das verstärkte Interesse Deutschlands an der Entwicklung der Beziehungen mit China oder Indien wurde deutlich. Im Zusammenhang mit der harten Verhandlungsposition in den Eurofragen konnte der Eindruck eines Desinteresses der Bundesregierung an den Fortschritten der Europäischen Integration entstehen. Dieser Zustand der Unsicherheit wurde im Frühling 2013 beendet.

Der Merkel-Hollande-Gipfel Ende Mai 2013 sollte auf die französischen Diplomaten beruhigend wirken, weil die Bundesregierung die französischen Positionen zur Reform der Eurozone *de facto* übernahm. Deutschland spricht sich jetzt für »einen Vollzeit-Präsidenten für die Eurogruppe der Finanzminister, der sich auf umfassendere Ressourcen stützen kann, (...)« aus und vertritt die Meinung, dass »spezifische, der Eurozone gewidmete Strukturen« geschaffen werden sollen (Bundesregierung 2013: S. 10). Das ist eine Abkehr von den früheren deutschen Positionen, als argumentiert wurde, dass keine verstärkte Kooperation im Rahmen der Eurozone wünschenswert sei, um den Zusammenhang der gesamten EU nicht zu gefährden. Welche Konsequenzen für die Zukunft der Eurozone und der EU diese Vorschläge haben werden, bleibt jedoch abzuwarten (Mussler 2013: S.1). Doch nach einem Jahr der Zusammenarbeit mit Bundeskanzlerin Merkel scheint Präsident Hollande sie besser zu kennen. »Sie ist nicht schwer zu verstehen. Sie ist nur schwer zu überzeugen«, erklärte er den Journalisten in Paris (FAZ 20.06.2013a: S. 5).

Die Rolle Deutschlands und Frankreichs gewann während der Eurokrise so weit an Bedeutung, dass es für die beiden Staaten sogar möglich wurde, die Regierungsbildungsprozesse in einigen Krisenländern zu beeinflussen, was die Beispiele Italiens und

Griechenlands belegen (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: S. 21). Doch der Versuch der Bundeskanzlerin, die Präsidentschaftswahlen in Frankreich zu Gunsten des amtierenden Präsidenten zu beeinflussen, misslang und führte zu einer drastischen Abkühlung der deutsch-französischen Beziehungen seit Mitte 2012 (Hilz 2013: S. 28). Anders als sein Vorgänger setzt Präsident Hollande auf Koordination der Europolitik mit einer breiten Gruppe der Regierungschefs in der EU. Dabei präferiert er Linkspolitiker (Schwarzer 2013: S. 35).

Die Eurokrise hat in vielen Ländern Europas den Wunsch nach einer aktiven deutschen Außenpolitik verstärkt. Öfters wird die Rede des polnischen Außenministers Radosław Sikorski zitiert (Sikorski 2011: S. 9). Auch aus Estland kommt eine Ermutigung für die Bundesregierung. Estland fordert weniger Kompromissbereitschaft gegenüber südeuropäischen Krisenländern (FAZ 10.07.2013b: S. 11). Doch die Erwartung an die deutsche Führung in der EU kennt auch ihre Grenzen, die der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn deutlich definierte: »Führen heißt nicht dominieren« (Sikorski, Asselborn 2012: S. 8).

Die Entstehung des Fiskalvertrages entspricht den deutschen wirtschaftspolitischen Prioritäten; er steht in engem Bezug zur deutschen Schuldenbremse, die im Jahre 2009 beschlossen wurde und die sich stark an dem schweizerischen Muster orientiert (Heinemann et al. 2012/13: S. 177). Dieser Vertrag ist ein wichtiger Schritt der deutschen Diplomatie, die »Stabilitätskultur« in Europa zu verankern (Merkel 2010a: S. 4126). Aber die Rufe nach mehr deutscher Führung und Verantwortung werden durch die deutschen Entscheidungsträger ohne Enthusiasmus wahrgenommen. Während der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahre 2012 hat der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière sie mit einem Satz quittiert: Wenn »deutsche Führung angemahnt wird, dann wird meist nicht Führung gemeint, sondern Geld« (Ash 2012: S. 24). Damit bestätigte er noch einmal das Anliegen der Bundesregierung, die Kosten der Eurorettung für Deutschland möglichst niedrig zu halten. Zwar setzt Deutschland seine Finanzkraft ein, um den Euro zu erhalten und die Eurozone im eigenen Sinne zu reformieren, folgt aber dabei einem strikt unternehmerischen Kosten-Nutzen-Kalkül.

Die Beziehungen Deutschlands mit den neuen »Gestaltungsmächten«

Eine wachsende Rolle der Schwellenländer in den internationalen Beziehungen hat die außenpolitische Perspektive der Bundesregierung verändert (Schmidt 2010). Im

Jahre 2012 veröffentlichte sie ein strategisches Dokument »Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung«. Als »neue Gestaltungsmächte« werden jene Länder definiert, die hohes Wirtschaftswachstum haben, die regional oder global eine bedeutende Wirtschaftskraft besitzen, die den starken »Gestaltungswillen in verschiedenen Politikbereichen« haben und die mittel- oder langfristig eine wichtige Rolle im *global governance* spielen werden (Bundesregierung 2012: S. 5). Die Bundesregierung schreibt dieser Ländergruppe eine große und wachsende Bedeutung zu. Die Kriterien für eine Definition von Gestaltungsmacht sind einerseits auf Länder wie China, Indien oder Brasilien zutreffend, andererseits gelten sie auch für Deutschland. Auch die Definition von Verantwortung entspricht den chinesischen, indischen, aber auch deutschen Interessen, und sie unterscheidet sich deutlich von derjenigen der USA oder Großbritanniens (Sandschneider 2012: S. 7).

Dieses »Konzept ist ein Dialog- und Kooperationsangebot der Bundesregierung an die neuen Gestaltungsmächte für die gemeinsame, partnerschaftliche und gleichberechtigte Arbeit an einer fairen Globalisierung und an Lösungsansätzen für globale Herausforderungen« (Bundesregierung 2012: S. 6). Es ergänzt die früher veröffentlichten Strategien und Konzepte der Bundesregierung, die bestimmte Regionen oder Themenfelder betrachteten. In dem Konzept »Globalisierung gestalten« weist die Bundesregierung auf sechs sog. Aktionsfelder, in denen sie »eine regelbasierte und multilaterale globale Ordnungspolitik fördern« will, hin (Bundesregierung 2012: S. 8). Die »neuen Gestaltungsmächte« werden nicht genannt, obwohl der Bezug zu den »G«-Formaten einen Hinweis gibt, welche Länder gemeint sind (Bundesregierung 2012: S. 13). Ausgeschlossen sind dagegen die EU-, NATO-, und G8-Staaten (Bundesregierung 2012: S. 5). Die Bundesregierung bringt mit diesem Dokument zum Ausdruck, dass Deutschland einerseits in der EU und der NATO eingebunden bleibt, aber offen für neue Partnerschaften ist, global denkt und eine wichtige Rolle im *global governance* spielen will.

Zwischen Deutschland und den »neuen Gestaltungsmächten« wurden schnell viele Ähnlichkeiten festgestellt. Erstens wirken sie in den internationalen Beziehungen »primär aus geoökonomischen und weniger aus geopolitischen Interessen«. Zweitens befürworten sie eine internationale Kooperation. Drittens setzen sie ihre Machtpotenziale vorsichtig durch und viertens legen sie ihr Veto ein, wenn sie ihre Interessen als bedroht ansehen (Sandschneider 2012: S. 7). Die Konsequenz ist die Vermutung, dass Deutschland die bisherigen Ordnungsrahmen der europäischen und der eigenen Politik in Frage stellt und »neue Münzen in Umlauf« bringt, »die mit russischen und chinesi-

schen Schriftzeichen versehen sind und in den vergangenen Jahren eine unübersehbare Wertsteigerung erfahren haben.« (Guérot 2012: S. 9–10).

Tab. 1: Anteil der Ausfuhr und Einfuhr aus ausgewählten Ländern und Ländergruppen an der gesamten Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands (in %)

	Ausfuhr			Einfuhr		
	1995	2008	2012	1995	2008	2012
VR China	1,4	3,5	6,1	2,4	7,5	8,5
Indien	0,6	0,8	0,9	0,5	0,7	0,8
Brasilien	1,0	0,9	1,1	0,8	1,2	1,2
Russland	1,4	3,3	3,5	2,0	4,6	4,7
ASEAN*	2,8	1,6	2	2,6	2,4	2,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010: S. 13; Statistisches Bundesamt 2013a: S. 350; Statistisches Bundesamt 2013b: S. 35–36.

* Mitglieder von Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) sind: Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

Deutschland pflegt die sog. strategischen Partnerschaften mit zahlreichen Ländern, die als »Gestaltungsmächte« oder »Kraftzentren« zu bezeichnen sind. Das betrifft sowohl Indien (Auswärtiges Amt 2013a), Brasilien (Auswärtiges Amt 2013b) als auch China (Auswärtiges Amt 2013c), um nur die wichtigsten zu nennen. Neben politischen und wirtschaftlichen werden auch die kulturellen Beziehungen entwickelt und der Jugend- und Wissenschaftlertausch gefördert (Alexander von Humboldt-Stiftung 2013). Deutschland führt mit den genannten Ländern auch Regierungskonsultationen. Die ersten Regierungskonsultationen mit Indien und China fanden im Jahre 2011 statt (Auswärtiges Amt 2013d; Bundesregierung 2011). In den Beziehungen Deutschlands mit dieser sehr vage definierten Ländergruppe wird den Wirtschaftsbeziehungen eine große Rolle zugeschrieben. Wenn man aber die Daten aus der Tabelle 1 betrachtet, sieht man, dass der Handel sich primär mit China sprunghaft entwickelt hat. Die offiziellen Visiten werden von hochrangigen Delegationen aus der Wirtschaft begleitet und es kommt zum Abschluss von zahlreichen Export- oder Investitionsverträgen (FAZ 29.05.2012: S. 5). Auch die Handelsbeziehungen mit Russland, das aber die Bedingungen der Definition einer »neuen Gestaltungsmacht« nicht erfüllt, sind positiv zu

bewerten. Der Fall Russlands zeigt, dass die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den »alten Gestaltungsmächten« nicht ausgeschöpft sind. Die Bedeutung Indiens für den deutschen Außenhandel wächst, ist aber stets auf einem niedrigen Niveau. Die Handelsbeziehungen mit Brasilien und ASEAN dagegen schwanken, ein stabiler Bedeutungszuwachs ist nicht feststellbar.

Von den »neuen Gestaltungsmächten« ist lediglich China als wichtiger Handelspartner einzustufen, dessen Bedeutung kontinuierlich zunimmt. Die anderen Länder sind als Zukunfts- und Hoffnungsmärkte zu sehen, aber ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaft änderte sich in den letzten Jahren nicht grundsätzlich.

»Prinzipientreue, Standfestigkeit, Verlässlichkeit und Kontinuität sind im allgemeinen politischen Sprachgebrauch in Deutschland unbestritten positiv konnotiert« (Sandschneider 2012: S. 5). Sie geraten aber auf Grund starker Veränderungen in der globalen Machtverteilung zunehmend unter Druck. Die deutschen Entscheidungsträger bekennen sich zur Kontinuität ihrer Außenpolitik und Prinzipientreue, zeigen aber gleichzeitig immer mehr Flexibilität. Die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik nahm in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zu, das neue Gewicht Deutschlands wird mit großer Mühe abgelehnt (Katsioulis 2011: S. 38–42.), wie das Zitat von Verteidigungsminister de Maizière zeigt. »Neue Gestaltungsmächte« und besonders China spielen eine immer größere Rolle in der Weltwirtschaft. Es wird auf einen starken Einfluss der Handelsinteressen auf die deutsche Außenpolitik hingewiesen, was dazu führen kann, dass die wichtigsten Handelspartner quasi automatisch zu strategischen Partnern aufsteigen (Kleine-Brockhoff und Maull 2011: S. 60). Von den strategischen Partnern wuchs aber nur China in die Gruppe der wichtigsten Handelspartner. In den anderen Fällen ist es eher eine Wette auf das erhoffte Zukunftswachstum.

Schlussfolgerungen

Alle Regierungen der Bundesrepublik Deutschland haben eine interessengeleitete Außenpolitik geführt, obwohl der Begriff nicht beliebt war (Gareis 2006: S. 85). War während der Zeit des Kalten Krieges die Aufmerksamkeit auf Sicherheitsfragen konzentriert, hat sie sich während der neunziger Jahre und dann im 21. Jahrhundert mit dem wachsenden Selbstbewusstsein immer schneller in Richtung Wirtschaftsinteressen verschoben. Dieser Prozess war primär durch die externen Bedingungen begünstigt. Seit Anfang der neunziger Jahre grenzt Deutschland ausschließlich an befreundete

Staaten. Gleichzeitig wachsen in Asien und Lateinamerika neue Wirtschaftsmächte heran, die einerseits interessante Absatz- und Investitionsmärkte, andererseits starke Wettbewerber sind. Europa ist mit seinen alternden Gesellschaften und einer fehlenden Wirtschaftsdynamik immer weniger ein Bezugspunkt für Deutschland. Deutsche Außenpolitik befindet sich in der Übergangsphase. Obwohl sie in der EU und in der NATO verankert ist, wird sie immer globaler. Deutschland hat mit vielen Staaten außerhalb des euroatlantischen Raumes Abkommen über »strategische Partnerschaften« abgeschlossen und bemüht sich um den Ausbau der Zusammenarbeit. Es besteht großes Interesse an der Vertiefung der Kooperation. Die politischen, aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen sind in den meisten Fällen nicht viel weiter als über die Phase der Willensankündigungen hinausgegangen.

Das Engagement Deutschlands im Kampf gegen die Eurokrise findet seine Begründung in den deutschen nationalen Interessen, die der Stabilität Europas hohe Priorität zuschreiben. Heute bemüht sich ein »europäisches Deutschland«, die EU nach eigenem Muster umzubauen, um sie zu bewahren (Maull 2012b, S. 40). Historische Gegensätze haben ihre Schärfe verloren, und viele in Europa und in der Welt fordern Deutschland dazu auf, mehr Verantwortung zu übernehmen. In die Lösung der Eurokrise hat Deutschland viel Energie investiert. Es ist aber nicht bereit, Scheckbuchdiplomatie zu betreiben. Kanzlerin Merkel fordert als Gegenleistung tief greifende Reformen. Die europäischen Länder müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen (Merkel 2010a: S. 4128). Sie sollen keinen Ballast für Deutschland in den *global affairs* darstellen.

Auch wenn der Fiskalvertrag einen Erfolg der deutschen Europapolitik darstellt, ist vor übertriebenem Optimismus zu warnen. Obwohl die internationalen Erfahrungen auf eine positive Wirkung solcher Regelungen hinweisen, lassen sie sich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht isolieren. Primär müssen die Verschuldungsursachen beseitigt werden und sich nachhaltige Wachstumsmotoren herausbilden (Heinemann et al. 2012/13: S. 182), was dafür spricht, dass sich die Bundesregierung noch lange mit dem Thema Eurokrise beschäftigen wird (Handelsblatt 2013b). Europapolitik spielt weiter eine wichtige Rolle in der deutschen Außenpolitik. Trotz kühler Atmosphäre zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Hollande ist die deutsch-französische Zusammenarbeit eine über sechzig Jahre alte Erfolgsgeschichte. Diese Achse ist ein bewährtes und wertvolles Instrument der deutschen Europapolitik, das auch die deutsche Stärke unter dem Mantel des »deutsch-französischen Direktoriums« (Beckert, Streeck 2012: S. 13) verdeckt.

Der Wandel in der Welt- und Europapolitik begünstigt Wirtschaftsmächte. Der Euro und die Eurokrise haben Deutschland zu der unumstrittenen europäischen Macht Nummer eins

werden lassen, was es Deutschland ermöglicht, die EU nach eigenen Vorstellungen umzubauen. Der Euro ermöglicht es Deutschland, in den globalen Angelegenheiten mit den Weltmächten auf Augenhöhe zu verhandeln. Die Ironie liegt darin, dass der Euro, der die deutsche Macht eigentlich begrenzen sollte, ihr im Gegenteil eine Entfaltung ermöglichte. Die geökonomische Strategie hat sich auch für das vereinigte Deutschland als Erfolg erwiesen.

Bibliographie:

- HUMBOLDT-STIFTUNG Alexander von (2013), *Capes-Humboldt-Forschungsstipendium*, <http://www.humboldt-foundation.de/web/capes-humboldt-stipendium.html> (15.09.2013).
- ASH Timothy Garton (2012), *Allein kriegen sie es nicht hin*, „Der Spiegel“, Nr. 7.
- AUSWÄRTIGES AMT. (2013a), *Deutschland und Indien – strategische Partner*, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Indien/130128-AM-Kurshid-in-Berlin.html (15.09.2013).
- AUSWÄRTIGES AMT (2013b), *Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland*, http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Bilateral_node.html (15.09.2013).
- AUSWÄRTIGES AMT (2013c), *Strategischer Partner China*, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2012/10_China-TUR/121010-Ankuendigung.html (15.09.2013).
- AUSWÄRTIGES AMT (2013d), *Beziehungen zwischen Indien und Deutschland*, http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Indien/Bilateral_node.html (15.09.2013).
- BANNAS Günter (19.11.2011), *Bei allem Verständnis*, „FAZ“.
- BECKERT Jeans, STREECK Wolfgang (2012), *Die Fiskalkrise und die Einheit Europas*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. (62) 4.
- BUNDESREGIERUNG (2011), *Neues Kapitel der deutsch-chinesischen Beziehungen*, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/06/2011-06-28-dt-chin-regkonsult-final.html> (15.09.2013).
- BUNDESREGIERUNG (2012), *Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung*, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/608384/publicationFile/169965/Gestaltungsmaechtekonzept.pdf> (20.09.2013).
- BUNDESREGIERUNG (2013), *Pressemitteilung Nummer 187/13 vom 30. Mai 2013, Frankreich und Deutschland – Gemeinsam für ein gestärktes Europa der*

- Stabilität und des Wachstums*, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/05/2013-05-30-dt-frz-erklaerung-deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (15.09.2013)
- BUNDESTAG (1949). *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Juli 2012*, <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf> (5.09.2013).
- DEMESMAY Claire (2013a), *Hat der deutsch-französische Bilateralismus Zukunft?*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 63 (1–3).
- DEMESMAY Claire (2013b), *Kollektive Obsession. Frankreichs Deutschland-Komplex und die Zukunft der Achse Paris – Berlin*, „Internationale Politik“, Nr. 4.
- FAZ (18.05.2010), *Regierung will Schuldenbremse für Europa*.
- FAZ (19.11.2011), *Unser Kompass*.
- FAZ (29.05.2012), *Regierungsvertreter: „Special relationship“ mit China*.
- FAZ (20.06.2013a), *Hollande weiß, was Merkel will*.
- FAZ (10.07.2013b), *Estland möchte mehr Deutschland in Europa*.
- FELDENKIRCHEN Markus, KURBJUWEIT Dirk, NEUBACHER Alexander, NEUKIRCH Ralf, PFISTER René, REUTER Wolfgang, SAUGA Michael, SIMONS Stefan, STEINGART Gabor (2008), *Madame No*, „Der Spiegel“, Nr. 49.
- FRICKE Thomas (31.03.2005), *Der Kanzler der bösen Bosse*, „Financial Times Deutschland“, <http://www.ftd.de/meinung/leitartikel/:der-kanzler-der-boesen-bosse/1561.html> (20.09. 2013).
- GEPPERT Dominik (2013), *Halbe Hegemonie: Das deutsche Dilemma*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 63 (6–7).
- GUÉROT Ulrike (2012), *Eine deutsche Versuchung: östliche Horizonte?*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. (62) 10.
- GUÉROT Ulrike, LEONHARD Mark (2011), *The new German question*, *European Council on Foreign Relations*, „Policy Brief“, Nr. 30.
- HACKE Christian (2011), *Deutschland und der Libyen-Konflikt: Zivilmacht ohne Zivilcourage*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. (61) 39.
- HAFTENDORN Helga (2012), *Maximen deutscher Außenpolitik - Von den Regierungen Kohl über Schröder zu Merkel*, in: MEIER-WALSER Reinhard, WOLF Alexander (Hrsg.), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven*, München.
- HALIŹAK Edward (2012a), *Pojęcie i istota przestrzeni geoeconomicznej*, in: HALIŹAK Edward (Hrsg.), *Geoekonomia*, Warszawa.

- HALIŹAK Edward (2012b), *O istocie geoekonomicznego działania*, in: HALIŹAK Edward (Hrsg.), *Geoekonomia*, Warszawa.
- HANDELSBLATT (4.07.2013), *Draghis neue Masche*, <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/ultralaxe-geldpolitik-draghis-neue-masche-seite-all/8450062-all.html> (20.09 2013).
- HANDELSBLATT (3.09.2013), *Auch Irland könnte neue Hilfen benötigen – wie Griechenland*, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/eurokrise-auch-irland-koennte-neue-hilfen-benoetigen-wie-griechenland/8735330.html> (25.09.2013).
- HEINEMANN Friedrich, MOESSINGER Marc-Daniel, OSTERLOH Steffen (2012), *Feigenblatt oder fiskalische Zeitwende? Zur potenziellen Wirksamkeit des Fiskalvertrags*, „integration“, Nr. 3.
- HILZ Wolfram (2013), *Getriebewechsel im europäischen Motor: Von „Merkozy“ zu „Merkollande“? „Aus Politik und Zeitgeschichte“*, (63) 1–3.
- JÄGER Tim (2012), *Die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für die deutsche Außenpolitik*, In: MEIER-WALSER Reinhard, WOLF Alexander (Hrsg.), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven*, München.
- KANTER James (11.04.2013), *Economies of France and Italy are Risks to the Euro Zone, a Report says*, „The New York Times“.
- KATSIOLIS Christos (2011), *Deutsche Außenpolitik nach Libyen-Intervention*, „Internationale Politik und Gesellschaft“, Nr. 4.
- KHANNA Parag (2008), *Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*. Berlin.
- KLEINE-BROCKHOFF Thomas, MAULL Hanns W. (2011). *Der überforderte Hegemon. Über Ziele und Zwecke deutscher Außenpolitik*, „Internationale Politik“, Nr. 6.
- KUNDNANI Hans (2011a), *Paradoxon Deutschland. Eine geoökonomische Macht in der Zwickmühle*, „Internationale Politik“, Nr. 6.
- KUNDNANI Hans (2011b), *Germany as a Geo-economic Power*, „The Washington Quarterly“, Nr. 34 (3).
- LUTTWAK Edward (1990), *From Geopolitics to Geo-economics. Logic of Conflict, Grammar of Commerce*, „The National Interest“, Nr. 20.
- MAULL Hanns W. (1990), *Germany and Japan: The New Civilian Powers*, „Foreign Affairs“, Nr. 69 (5).
- MAULL Hanns W. (1992), *Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland: Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik*, „Europa Archiv“, Nr. 10.

- MAULL Hanns W. (2003), *Auf leisen Sohlen aus der Außenpolitik?*, „Internationale Politik“, Nr. 9.
- MAULL Hanns W. (2012a), *Abkehr von vertrauten Pfaden. Wird die deutsche Außenpolitik „normal“?*, in: MEIER-WALSER Reinhard, WOLF Alexander (Hrsg.), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven*, München.
- MAULL Hanns W. (2012b), *Außenpolitische Entscheidungsprozesse in Krisenzeiten*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 62 (10).
- MERKEL Angela (2010a), *Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: zu den Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro*, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 17/42.
- MERKEL Angela (2010b), *Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Eröffnung des 61. akademischen Jahres des Europakollegs Brügge*. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/11/2010-11-02-merkel-bruegge.html> (15.09.2013).
- MERKEL Angela (2011a), *Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: zum Europäischen Rat am 9. Dezember 2011 in Brüssel*, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 17/147.
- MERKEL Angela (2011b). *Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: zum Europäischen Rat am 24./25. März 2011 in Brüssel*. Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 17/99.
- MERKEL Angela (2011c), *Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Jahrestreffens 2011 des World Economic Forum*. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2011/01/2011-01-28-davos.html> (15.09.2013).
- MUSSLER Werner (2013). *Deutsch-französische „Beschlüsse“: Deauville II.*, http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutsch-franzoesische-beschluesse-deauville-ii-12203717.html?google_editors_picks=true (15.09.2013).
- MUSSLER Werner, BUSSE Nicolaus, SATTAR Majid (2010), *Merkel kann Stimmrechtsentzug nicht durchsetzen*, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europaschuldenkrise/euro-reform-merkel-kann-stimmrechtsentzug-nicht-durchsetzen-11057621.html> (15.09.2013).
- MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET Gisela (2012), *Deutschland – Europas einzige Führungsmacht?*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 62 (10).
- PATERSON William E. (2011), *The reluctant hegemon?*, „Journal of Common Market Studies“, Nr. 49 (1).
- POSEN Adam S. (2011), *The Euro Payoff. Germany's economic advantages from a large and diverse eurozone*, „Internationale Politik“ Global Edition, Nr. 2.

- RACHMAN Gideon (2012), *Anwalt der Globalisierung*, „Internationale Politik“, Nr. 3.
- RISSE Thomas (2004), *Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 11.
- SANDSCHNEIDER Eberhard (2012), *Deutsche Außenpolitik: eine Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 62(10).
- SCHÄUBLE Wolfgang (2010), *Rede des Bundesministers der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble an der Universität Paris-Sorbonne*, <http://www.wolfgang-schaeuble.de/index.php?id=30&textid=1416&page=1> (15.09.2013).
- SCHMIDT Helmut (2010), *Nur keine Anmaßung*, „Die Zeit“, <http://pdf.zeit.de/2010/28/Point-Alpha-Preis.pdf> (15.09.2013).
- SCHÖLLGEN Gregor (2003), *Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*. Berlin.
- SCHÖLLGEN Gregor (2004), *Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 11.
- SCHÖNBERGER Christoph (2012), *Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union*, „Merkur“, Nr. 752.
- SCHRÖDER Gerhard (1999), *Eine Außenpolitik des Dritten Weges*, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Nr. 50 (7–8).
- SCHWARZ Hans Peter (1994), *Die Zentralmacht Europas. Deutschland Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin.
- SCHWARZER Daniela (2013), *Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 63 (1–3).
- SIKORSKI Radosław (2011), *Poland and the future of the European Union*, https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf (15.09.2013).
- SIKORSKI Radosław, ASSELBORN Jean (2012), *Führen heißt nicht dominieren. Wie Deutschland seinen Part in Europa spielen sollte*, „Internationale Politik“, Nr. 3.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2010), *Export, Import, Globalisierung. Deutscher Außenhandel und Welthandel 1990 bis 2008*, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2013a), *Wirtschaft und Statistik*, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2013b), *Außenhandel Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel (vorläufige Ergebnisse) 2012*, Wiesbaden.
- RIECKE Torsten, HANKE Thomas (2013), *Die Mutprobe*, „Handelsblatt“.
- STAACK Michael (2000), *Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*, Paderborn.

- ULATOWSKI Rafał (2012), *Logika geoeconomii a global governance*, in: HALIŹAK Edward (Hrsg.), *Geoekonomia*, Warszawa.
- BREDOW von Wilfried (2012), *Deutschlands außenpolitische Führungskraft. Interne und externe Schwierigkeiten*, in: MEIER-WALSER Reinhard, WOLF Alexander (Hrsg.), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven*, München.
- WIEGEL Michaela, GÖBEL Heike (2013), *Hollande nimmt die Herabstufung Frankreichs gelassen*, FAZ, http://faz-archiv-approved.faz.net/intranet/biblionet/r_suche/webcgi?START=A20&DOKM=149268_FAZN_0&WID=82045-9940563-91833_12 (15.09.2013).